



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Sieger, Robert: Die Wahlen in Deutschösterreich

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

akademisches Thema, auf das die Blicke im Zusammenhang mit den Plänen zum Wiederaufbau der Volkswirtschaft nach dem Kriege hingelenkt wurden. Ein Nütteln am Kriegssozialismus erschien zwecklos, da seine Grundzüge in der Hauptsache unentbehrlich waren, um über die Wirtschaftsknöte des Krieges hinwegzukommen. Die sozialdemokratischen Schriftsteller nahmen das staatssozialistische Gebräu, das dem deutschen Volk vorgesetzt war, mit der Genugtuung auf, daß in ihm immerhin sozialistische Ideen von der Gemeinbürgerschaft aller einen wesentlichen Bestandteil bildeten. Wie die Dinge weiterhin verlaufen würden, darüber existierte auch unter den Intelligenzen des Sozialismus keine bestimmte Vorstellung. Der Abg. Fischer (in den „Annalen für Sozialpolitik“ und „Sozialistischen Monatsheften“) schob den Gewerkschaften die Aufgabe zu, die kapitalistische Gesellschaft mit sozialistischem Geiste zu durchdringen, unbeschadet den kapitalistischen Einrichtungen, die noch für Jahrhunderte bestehen bleiben würden. Der spätere Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Dr. Aug. Müller ferner versprach sich von den Konsumgenossenschaften eine führende Rolle im Produktions- und Verteilungsprozeß der Zukunft. In ähnlicher Weise entwickelten andere sozialdemokratische Volkswirtschaftler den Gedanken, daß durch die Erziehung der Arbeitermassen zu den höchsten Organisationsformen der Sozialismus zu einer gebietenden Macht gebracht werden könnte. Wenn das geschehen, so würde die Sozialisierung des Wirtschaftslebens nicht auf sich warten lassen.

In diesen Aeußerungen sozialdemokratischer Politiker ist kein Hindrängen auf eine beschleunigte Lösung der Sozialisierungsfrage wahrnehmbar. Aus ihnen spricht vielmehr der Wille, das Kernstück der sozialistischen Weltanschauung nicht übers Knie zu brechen. Die Vorschläge, auf das Erstarken und den Einfluß von Organisationen wie die Gewerkschaften und die Konsumvereine zu vertrauen, tragen den Absichten geduldigen Abwartens bis zu einem Zeitpunkt Rechnung, wo aus der Auflösung der alten Wirtschaftsordnungen neue organisatorische Gebilde hervorgehen würden. Vorerst galt es, den Kampf gegen die äußeren Feinde zum Abschluß zu bringen und die innerpolitischen Verfassungen in demokratische Formen umzugießen. Außerdem schienen im Rahmen des Kriegssozialismus die Fruchtansätze zu einer Gemeinwirtschaft gegeben, deren Hinübernahme in die nachfolgende Friedenszeit ganz von selbst die sozialistische Strömung verstärken müßte. Wenn die sozialdemokratischen Führer demgemäß sich auf den Boden der Tatsachen stellten und in der Propaganda für weiter hinausliegende Ziele eine bemerkenswerte Zurückhaltung übten, so bedeutete das doch keineswegs eine Verleugnung ihrer dogmatischen Lehrmeinungen. Die Aufhebung des Privateigentums und die Überführung der Produktionsmittel in den Gemeinbesitz leuchteten als Sterne am Himmel des Zukunftssozialismus und dienten immer wieder zur Anfeuerung der nach großen Erfolgen begierigen Arbeitermassen. Das Rad der Zeitereignisse rollte schneller als selbst mit prophetischem Blick sich hatte voraussehen lassen. Das Sozialisierungsgesetz vom 9. März 1919 verkündete die Erfüllung kühner Träumereien. Wir werden davon noch reden müssen.



Die Wahlen in Deutschösterreich

Von Professor Dr. Robert Sieger.



ie Wahlen in die verfassunggebende Versammlung des neuen deutschen Staates in Österreich standen, gleich denen im Reich, vor allem im Zeichen des Kampfes für oder gegen die Sozialdemokratie. Was in einer Wahlbewegung von ziemlicher Heftigkeit von den Parteien gegeneinander vorgebracht wurde — der Antisemitismus als Forderung und von der anderen Seite als Vorwurf, das allgemeine Verlangen nach dem Anschluß an das Deutsche Reich

und die Beschuldigung, daß die christlichsoziale Partei ihn nicht ehrlich anstrebe, die gegen dieselbe ausgesprochene Verdächtigung monarchistischer Hintergedanken, der christlichsoziale Kampfruf, daß Religion, Sittlichkeit und Ehe in Gefahr sei, die gegenseitigen Anklagen ob der Schuld am Kriege und an der Niederlage und andere Bezeichnungen — mochte auf die breiten Wählermassen von ziemlichem Einfluß sein, insbesondere auf die vielfach noch ganz ratlosen Frauen der bürgerlichen und der dienenden Klasse. Für die Führer aber handelte es sich um den Kampf der großen wissenschaftlichen Weltanschauungen einerseits, um die Wahrung der wirtschaftlichen Gruppen- und Klasseninteressen andererseits. Die Partei der Lohnarbeiter, die bei den Festbesoldeten, den Volkswehren und anderen noch bestehenden halb-militärischen Körperschaften (wie den Finanzwachen, weniger der Gendarmerie) nicht unbedeutend aber auch bei den Bauernknechten Wurzel gefaßt hatte, die Sozialdemokratie stand der in der Bauernschaft wurzelnden christlichsozialen Partei gegenüber; von beiden sonderten sich die Vertreter bürgerlicher Interessen immer schärfer ab, nachdem der Gedanke eines gemeinsamen Vorgehens zwischen ihnen und den Christlichsozialen nicht ohne deren Schuld, aber vorwiegend durch kulturkämpferische Vorstöße freisinniger Politiker zu Grabe getragen worden war. Naturgemäß am wenigsten einheitlich fanden die bürgerlich-nationalen oder national-freihheitlichen Gruppen auch keine gemeinsame große Idee und nicht einmal ein packendes Schlagwort, das ihre inneren Interessensunterschiede hätte überwinden können. So kam es manchenorts zu einem Zusammenschluß, wie etwa in der deutschdemokratischen Partei der Steiermark, derart, daß die Wünsche und Bedürfnisse der einzelnen Berufs- und Standesgruppen zu einem nicht von Widersprüchen freien Idealprogramm summiert werden, anderenorts traten diese Gruppen (und gelegentlich auch wohl antisemitische und spärliche philosemitische Richtungen) einander gesondert gegenüber, wie in Wien. Gefoppelt wurden oft nicht einmal die Listen aller dieser „nationalen“ Gruppen, kaum je zwischen ihnen und den Christlichsozialen. Solche Zerspaltung ließ zwei Ergebnisse gewärtigen, die in der Tat eingetreten sind. Einmal, daß der Wahlkampf wesentlich zwischen den beiden großen Gruppen der „Roten“ und „Schwarzen“ geführt werden und die „dritte Partei“ schlecht abschneiden werde. Andererseits, daß diese nicht einmal als „Zünglein an der Wage“ im Wahlkampf größere Bedeutung erlangen, und daß infolge ihrer Zerspaltung zahlreiche bürgerliche Stimmen vollständig erfolglos abgegeben würden.

Das hätte sich größtenteils vermeiden lassen, wenn die nationalen Parteien auf der Wahlpflicht und auf einer wirklich demokratischen Wahlordnung bestanden hätten, wozu sie die Unterstützung der Christlichsozialen leicht gefunden hätten. Das System der „gebundenen Listen“ mit Proportionalwahlrecht hat kein Geringeres als Karl Renner nachdrücklich vertreten. Seine eifrigsten Fürsprecher haben es als einen Vorzug bezeichnet, daß es die Entscheidung in die Hand der großen, grundsatztreuen Parteien gibt. Gerade darin liegt aber seine grundsätzliche Schwäche. Die Entscheidung über die Kandidaten ist in den kleinen Kreis der Parteiführer verlegt und deren Macht dadurch gesteigert. Innerhalb der einzelnen Gruppen aber — und insbesondere, wie sich sofort zeigte, bei den Bürgerlichen — muß es bei diesem System zu einem unschönen Wettkampf zwischen den Untergruppen und einzelnen Personen um die ersten Stellen auf den Listen, insbesondere die des Listenführers, kommen. So war von der Bewerbung von vornherein ausgeschaltet, wer nicht Vertreter einer engeren Interessengruppe mit stärkerem Anhang ist, vor allem auch die Männer der parteilosen nationalen Arbeit in den Volksräten. In der Tat haben die deutschen Volksräte während der Wahlkämpfe denn auch ihre Tätigkeit stillschweigend oder ausdrücklich eingestellt. Wer wie ich vor mehr als Jahresfrist öffentlich erklärt hat, keine parlamentarische Tätigkeit anzustreben, um sich die Freiheit des wissenschaftlich-politischen Schriftstellers ungestört zu erhalten, durfte darauf hinweisen, wie sehr durch dieses System die Auswahl der Tüchtigsten, ja auch nur der im Volke Beliebtesten verkümmert wird. Aber er predigte tauben Ohren. Dafür

konnte man dann sehen, daß gewisse von den Gruppen der Interessenten vereinbarte Listen mit nicht willkommenen Listenführern Anlaß zu Absplitterungen in letzter Stunde, zu neuen, von vornherein aussichtslosen Sonderlisten gaben, aber auch daß viele dadurch abgeschreckt und den Werbungen der geschlossenen Parteien, der Christlichsozialen und Sozialdemokraten zugänglicher gemacht wurden. Das hätte sich zum Teil unschädlich machen lassen, wenn von dem Recht der Koppelung mehr Gebrauch gemacht worden wäre. Aber auch das geschah nicht ausreichend und die Zersplitterung trieb manchen, der meint, nur innerhalb einer starken und tatkräftigen Partei für das gemeine Wohl oder aber für sein eigenes Interesse erfolgreich arbeiten zu können, aus den Reihen der „dritten Partei“.

Um neben diesen Hauptcharakterzügen des Wahlkampfes auch etwas zurücktretende, aber für die Zukunft nicht bedeutungslose Linien des Gesamtbildes zu würdigen, müssen wir auch einiger kleinerer Gruppen gedenken. Die Vertretung der Arbeiterschaft wurde den Sozialdemokraten von der nationalsozialistischen Partei, jene der Bauernschaft den Christlichsozialen von dem Deutschen Bauernbund und verwandten Gruppen bestritten. Die nationale Arbeiterschaft konnte unter dem Druck der sozialdemokratischen Organisation, die als wirtschaftliche eine ungeheure Macht hat, und bei ihrer Scheu vor einem entschiedenen Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien wenig ausrichten. Sie vermochte nicht einmal dem anwachsenden Antisemitismus der Arbeiterkreise zu einem Ausdruck in der Wahlbewegung zu verhelfen, während die Sozialdemokratie immer ausgesprochener unter jüdische, und damit zugleich radikale Führung kommt. Die nationalsozialistische Partei entzog eher den Nationalen und Christlichsozialen Stimmen. Dagegen hat der Bauernbund, die jüngste Partei Deutschösterreichs, überraschende Erfolge erzielt; die rührige Steirische Bauernpartei hat in dem Ursprungslande der Bewegung drei Mandate erreicht. Sie gibt sich als nationalgesinnte unabhängige Standespartei mit demokratischen Grundsätzen und bekämpft sowohl die Christlichsozialen und die von ihnen ausgegangene, aber auch wirtschaftlich ihnen stark gegensätzliche Panz-Gruppe, als auch die Sozialdemokratie entschieden. Die Panz-Gruppe unterlag vollständig, auch in ihrem Stammsitz Obersteiermark. Anderswo kann man die nationalen Bauerngruppen geradezu zu den Deutschnationalen zählen, wie etwa in Kärnten.

Im weitesten Sinne gefaßt, also mit Einschluß der Steirischen Bauernpartei, haben die deutschnationalen Gruppen von 162 Mandanten 25 erzielt, in ebenso weiter Fassung die Christlichsozialen 64, die Sozialdemokraten 70. Dazu kommen ein Jüdischnationaler (Zionist) und ein tschechischer Sozialist, sowie ein bürgerlicher Demokrat, alle drei in Wien. Die bürgerlichen Demokraten sind eine Gruppe, die hervorragende nationale Politiker und Gelehrte an die Spitze ihrer Listen stellte, aber im Gegensatz zu den deutschnationalen und christlichsozialen Gruppen den Antisemitismus ablehnt. Sie haben einen hervorragenden Wirtschaftspolitiker und Vorkämpfer „Mitteleuropas“, einen Industriellen jüdischer Abstammung in die Nationalversammlung entsendet. Besondere Erwähnung scheint mir aber eine Gruppe zu verdienen, die kein Mandat erreicht hat und doch mit ihrer ersten Kraftprobe sehr zufrieden ist, die des „Nationaldemokratischen Volksvereins“, der allerdings (was sehr leicht irreführen kann) der Name „Nationaldemokraten“ von Seiten der Panz-Gruppe bestritten wird. Sie scharft sich um eine Anzahl von Führern des Deutschen Klubs und der Volksräte und besitzt im „Wiener Mittag“ (neuerlich mit dem Abendblatt: „Die Republik“) ein Parteiblatt schärfster Richtung, dessen Tonart mir ebenso wenig zusagt wie seine einseitige Beurteilung der bisherigen deutschnationalen Politik in Österreich. Anders steht es mit ihren Zielen. Am 31. Januar schrieb ich in einem Aufsatz, der leider nicht zum Drucke kam, diese Partei hebe sich in zweierlei Hinsicht bedeutungsvoll hervor. „Einerseits kommt ihr Programm dem, was ich deutsche Demokratie nenne,¹⁾ am nächsten. Sie wollen keine Parlaments- und keine Klassenherrschaft, sondern Organisation des Gesamtvolks. Sie fordern also

1) Darüber werde ich den Lesern der „Grenzboten“ in einem eigenen Aufsatz berichten.

Volksabstimmung (Referendum) und Gesetzesvorschlagsrecht (Initiative) in allen Fragen, Boden- und Sozialreform usw. Ich vermissе allerdings noch die praktische Anwendung dieser Idee des organischen Aufbaus, die den Folgerungen aus der sozialdemokratischen Verstaatlichung der Betriebsmittel und dem christlich-sozialen religiös orientierten Solidarisismus ebenbürtig ist. Diese unmittelbar nötige Folgerung liegt in der bürgerlichen Dienstpflicht, also in der Arbeits- und Sozialmiliz neben der Wehrmiliz; durch eine organisierte Leitung aller kann die Allgemeinheit die für sie und für das Wohl des einzelnen erforderlichen Arbeiten, insbesondere auch die Fürsorgearbeit, aber auch ein gutes Teil der notwendigen Vergesellschaftung gewisser Betriebe bewerkstelligen, ohne den einzelnen dauernd seiner Arbeits- und Berufsfreiheit zu berauben. Als allgemeinste Bürgerpflicht für Mann und Weib gibt diese Arbeitspflicht auch die sittliche Begründung für das allgemeine gleiche Wahlrecht. . . . Die zweite hervorstechende Eigenheit der nationaldemokratischen Partei ist ihre unbedingte Forderung nach neuen Männern, die durch die bisherige Führung der deutschen Politik in keiner Weise belastet sind. Sie will nur mit solchen Parteien ihre Bewerberliste koppeln, die „ihre Führung erneuern“. Sie strebt also gar nicht danach, bei dieser Wahl viel Mandate zu erreichen und hat dazu auch keine Aussicht. Aber sie ist auf dem Wege zu einer bedeutenden Machtposition in der Zukunft. Alle großen Parteien der Gegenwart, die christlichsoziale, die sozialdemokratische, aber auch die aus Schönerers Gruppe hervorgegangenen deutschnationalen haben als kleines, verspottetes, aber grundsatzfestes und alle Kompromisse ablehnendes Häuflein begonnen. Bringt die Partei ein paar gute Köpfe durch und vertreten diese in der Nationalversammlung geschickt die Idee des organischen Volksstaates und Verfassungsformen, die nicht schematisch zusammengeschnitten, sondern dem lebenden Volkskörper angepasst sind, so wird sie dort und im Lande rasch Anhang gewinnen und vielleicht schon die Gestaltung der endgültigen Verfassung, sicher ihre Weiterbildung in hohem Maße beeinflussen können.“ Nun ist trotz einer überraschend großen Stimmenzahl diese Aussicht nicht eröffnet worden. Aber bei den kommenden Landtags- und Gemeindevahlen wird die Partei sehr zu beachten sein, die allein unter den bürgerlichen nicht nur der Abwehr des Sozialismus, sondern einer eigenen Idee folgt. Für diese nahe bevorstehenden Wahlen bleibt alles Besagte aufrecht.

Das führt uns zu der Tatsache, daß die Formen der künftigen endgültigen Verfassung in den Parteiprogrammen, um die der Wahlkampf tobte, mit der eben erwähnten Ausnahme der Nationaldemokraten gar keine Rolle spielten. Den Parteien kam es auf ihre Macht und auf die Gesetze an, durch welche diese begründet werden soll, dann auf wirtschaftliche und soziale Gesetze und vor allem Übergangsbestimmungen. Das hat sachliche Gründe, hängt aber auch mit dem auffälligen Zurücktreten der Hoch- und Höchstgebildeten im Wahlkampf und in den Kandidatenlisten zusammen. Dies Zurücktreten der Männer sachlicher Arbeit ist um so mehr zu bedauern, als eine klägliche Sorte von „Intellektuellen“ immer lauter das Wort führt. Ihr liegen diese ernstesten Fragen ganz ferne. Auch die bisher erschienenen Parteiprogramme nach der Wahl berühren die Verfassungsfragen mehr gelegentlich. Die Sozialdemokratie steht hier bislang voran. Sie hat über die Christlichsozialen gestimmt, aber nicht die absolute Mehrheit erreicht. Sie hoffte das durch die Ernennung von Vertretern der 93 Wahlbezirke, die von Slaventruppen und Italienern besetzt sind, lehnt nun aber diese Ernennung grundsätzlich ab. Will sie die Verantwortung für die kommende schwere Übergangszeit nicht oder nicht allein übernehmen? Man kann auch aus sachlichen Gründen, die hier nicht erörtert werden sollen, auf die Vertretung der unfreien Bezirke verzichten, muß aber dann auch darauf verzichten, daß das Rumpsparlament seine Hauptaufgabe, die Festlegung der endgültigen Verfassung, erfüllt. Dadurch wird die Zukunftsfrage, ob ein bürgerlicher Block die Regierung übernimmt oder ob zwei von den drei Parteien sich in sie teilen oder ob die bisherige „Koalition“ ohne „Burgfrieden“, den die Sozialdemokratie immer ablehnt, aber auf Grund der Notwendigkeit und der Einsicht aller drei Gruppen fortbestehen bleibt, kaum weniger wichtig.

Sie gewinnt insbesondere Bedeutung angesichts der Möglichkeit, daß die kommunistische Partei sich gegen die gesetzliche Regelung des Staatswesens erhebt, wie dies stellenweise geschehen ist. Die Sozialdemokratie hat in ihrem Verband, der ja schon an sich weiter links steht als der reichsdeutsche, sehr weit linksstehende Elemente zu erhalten gewußt und dadurch ihren Wahlsieg erreicht und vertieft. Sie muß ihnen aber immer mehr entgegenkommen und kann sie vielleicht doch nicht festhalten. Man hat die Truppen entwaffnet und entlassen, die Bildung von Bürgergarden verhindert, in die Volkswehr in Wien geradezu eine „rote Garde“ aufgenommen; man weicht vor den aufgeheizten Massen zurück, wenn diese, wie bei den Grazer Unruhen, den Abzug der Gendarmen und Studenten verlangen, die allein die absolute Aufrechterhaltung der Ordnung ohne Partei-zwecke verbürgen; so werden in kurzem die Volkswehren allein die Regierung militärisch halten können. Diese gestaltete man immer mehr zu einer sozialdemokratischen Parteitruppe, aber die Kommunisten gewinnen wachsenden Einfluß auf sie. Noch stehen sie zu den sozialdemokratischen Führern, die eine gesetzliche Entwicklung anstreben; aber je mehr Forderungen durch Demonstrationen und Unruhen durchgesetzt werden, desto mehr können diesen Führern die Zügel entgleiten. Werden sie sich durch Anschluß an die bürgerliche und bauerliche Partei zu behaupten und so die innere Ruhe zu erhalten suchen? Oder werden sie ihren Einfluß in der Nationalversammlung — oder ohne sie — mit Hilfe der Straße zu steigern suchen und damit ins bolschewistische Fahrwasser kommen? Ihre Entscheidung darüber, vielleicht selbst nicht freiwillig, kommt für die Gestaltung der Mehrheitsverhältnisse in der verfassunggebenden Versammlung und für deren Bestand stärker in Frage, als die Absichten der andern beiden Gruppen. So läßt sich die aufgeworfene Frage noch nicht beantworten und nur hoffen, daß die politische Einsicht erhalten bleibt, die bisher Umsturz und Wirrwarr durch das Verdienst aller Parteien hintangehalten hat.



Religion und Politik

Von Dr. Richard Müller-Freienfels



urch die Revolution ist die Frage des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, dessen Brüche bisher mehr übertüncht als wirklich zugefittet waren, aufs neue flagrant geworden. Zwar hat die neue Regierung ihre ersten radikalen Beschlüsse zurückgenommen, aber niemand täuscht sich darüber, daß es sich nur um einen Aufschub handelt. Vielleicht lohnt es sich, angesichts dieser Sachlage, die Frage einmal unter prinzipiellem, völkerpsychologischem Gesichtspunkt zu erörtern, unter einem Gesichtspunkt, der das Problem etwas weiter übersehen als in der Form, in der es sich heute darbietet.

Scheidet man die Parteien, die sich bei uns in dieser Frage entgegenstellen, so sind es im wesentlichen zwei: die einen wollen die Religion als Stütze der staatlichen Autorität erhalten wissen, die andern wollen Trennung von Kirche und Staat. Die Gründe für diese Stellungnahme sind nicht überall gleich. Besonders hinter der Forderung, daß Religion Privat- und nicht Staatsache sei, verstecken sich sehr verschiedenartige Tendenzen: sowohl solche, die dem autoritativen Staatssystem diese Stütze nehmen wollen und weiter gar nicht um die Religion besorgt sind, als auch solche, die gerade der Religion dadurch zu dienen hoffen, daß sie sie herauslösen aus dem politischen Interessenkampf. Indessen ist das die Kampflage wesentlich auf protestantischem Gebiete. Auf katholischer Seite liegt die Sache anders. Hier will man nicht Verbindung von Staat und Kirche, auch nicht radikale Scheidung, sondern eher (so darf man es wohl formulieren): einen